

**Gemeinsame
Rechte
gemeinsame
Verantwortung**

Impressum

© Deutsche AIDS-Hilfe e.V.

Dieffenbachstraße 33

10967 Berlin

1. Auflage · Oktober '95

Text

Klaus-Dieter Beißwenger, Christine Höpfner

Gestaltung

Martina Lauterbach

Bild

Uwe Boek

Druck

Heenemann

Gesundheit und Krankheit hängen ganz wesentlich vom gesellschaftlichen Zustand ab: Wo große Armut herrscht, sind Hygiene und Ernährung schlecht, treten vermehrt Infektionskrankheiten auf, sterben Menschen früher. Wo Willkür, Unterdrückung und Ungleichheit regieren, sind Teile der Bevölkerung ausgeschlossen von Bildung, Information, Gesundheitsfürsorge. Der Zustand der Gesellschaft bestimmt, wer gesund ist und leben darf, wer krank ist und sterben muß - in welchem Alter, unter welchen Bedingungen und Umständen.

Daran bemißt sich der Zustand einer Gesellschaft: inwieweit sie die Würde des Menschen wahrt. Zu deren Schutz haben die Vereinten Nationen 1948 die »Universelle Erklärung der Menschenrechte« verabschiedet. Sie beschreibt Grundrechte, z.B. das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit, auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung der Persönlichkeit. Sie beschreibt ebenso soziale und ökonomische Rechte, z.B. auf Bildung, auf soziale und materielle Sicherheit. Rechte dieser Art enthält auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Daran also bemißt sich der Zustand einer Gesellschaft: inwieweit sie die Menschenrechte achtet. Wessen Menschenrechte und Würde am wenigsten respektiert werden, der ist von einer Krankheit am stärksten bedroht.

Dies gilt auch und gerade bei einer HIV-Infektion und AIDS.

Die Menschenrechte gelten für alle Menschen, an allen Orten, zu allen Zeiten. Regierungen können sie weder verleihen noch abschaffen. Sie regeln das Verhältnis zwischen Individuen und ihren Regierungen. Sie enthalten Forderungen an die Gesellschaft, und die Regierungen müssen dafür sorgen, daß sie verwirklicht und gewahrt werden. Von Menschen gemacht, entspringen sie weder »göttlicher Offenbarung«, noch sind sie das Werk irgendeiner Religion. Sie können daher ergänzt und weiterentwickelt werden. Das ist wiederholt geschehen, so in Verträgen und Erklärungen, z.B. gegen die Diskriminierung von Frauen oder gegen Folter.

Nicht ohne Grund hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum Welt-AIDS-Tag 1995 »Gemeinsame Rechte - gemeinsame Verantwortung« gefordert. Dieser Appell richtet sich an alle Gesellschaften der Welt. Auch an unsere.



Denn auch bei uns werden Rechte verletzt: Rechte von Infizierten und Erkrankten, von homo- und bisexuellen Männern, von drogengebrauchenden Frauen und Männern. Manchmal offensichtlich, manchmal verdeckt, durch Diskriminierung oder durch Lebensbedingungen, die eine Benachteiligung bewirken.

Und auch bei uns wird Verantwortung nicht immer übernommen: vom einzelnen, von dessen sozialem Umfeld, von Politik und Gesellschaft. Oft wird Verantwortung allein den Betroffenen aufgebürdet: für die eigene Gesundheit, für den Schutz von Mitmenschen. Dabei wird Elementares übersehen: der Zusammenhang zwischen persönlicher Verantwortung und gesellschaftlichem Status. Wer ständig diskriminiert wird, auf Ablehnung stößt, dem fällt es schwer, Verantwortung zu tragen - weder für sich selbst noch für andere. Wer sich hingegen von seiner Umwelt akzeptiert weiß, kann sich selbst und andere wertschätzen. Der mißt auch der Gesundheit größere Bedeutung bei - der eigenen, der anderer Menschen - und wird eher verantwortlich handeln können: z.B. beim Sex, beim Drogengebrauch.

Gemeinsame

Vieles ist noch zu tun,
ehe »gemeinsame Rechte« verwirklicht sind.

Ahmed ist Libanese, lebt seit einem Jahr in Frankfurt. Mit der deutschen Sprache klappt es noch nicht so recht. Da gibt's manchmal Probleme mit dem Verständigen. Auch beim Arzt. Ahmed geht hin, weil er sich rundum krank fühlt. Ganz nebenbei wird er auf HIV-Antikörper getestet. Ohne gefragt zu werden, ohne Beratung. Wozu sich die Mühe machen? »Testergebnis positiv«, heißt es dann, ganz nebenbei. Keine Informationen, keine Beratung. Nicht mal ein Hinweis auf Hilfsangebote. »Zum Tode verurteilt« denkt Ahmed, »Wie soll ich damit leben, wer kann mir noch helfen?«

Rechte verwirklichen

Zum Beispiel in Sachen Lebensweisen

Das Ziel ist Toleranz, besser noch Akzeptanz des Andersseins, der Vielfalt: im Hinblick auf sexuelle Orientierung und sexuelle Vorlieben, auf unterschiedliche Formen von Partnerschaft und Lebensgestaltung, auf unterschiedliche Kulturen und Hautfarben, auf Drogengebrauch. Angesprochen sind: Eltern und Pädagogen, die Medienöffentlichkeit, Familien- und Bildungspolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik, Innen- und Rechtspolitik, Gesetzgebung und Rechtsprechung - sie alle müssen mit gutem Beispiel vorangehen und das vielbeschworene »Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit« mit Leben füllen. Dieses Recht findet seine Grenzen dort, wo in die Freiheit des anderen eingegriffen wird, wo dessen Rechte eingeschränkt werden.

Zum Beispiel in Sachen Infektionsschutz

Nicht jeder hat die Möglichkeit, sich vor HIV zu schützen. Das »Recht auf körperliche Unversehrtheit« wird dort verletzt, wo angemessene Informationen nicht zugänglich

Christian wird bewußtlos ins Kreiskrankenhaus von G. eingeliefert - schwere Toxoplasmose-Infektion des Gehirns, wie sich herausstellt. Er ist nicht ansprechbar. Hajo, seit 5 Jahren sein Lebenspartner, möchte Christian auf die HIV-Station des Uniklinikums in F. überstellen lassen. Das Kreiskrankenhaus informiert die Eltern, die sich nach Christians Coming-out als Schwuler von ihrem Sohn losgesagt hatten. Sie verlangen vom Kreiskrankenhaus: Christian bleibt in G., und keine Besuche von Hajo. Ihre Wünsche werden respektiert. Christian erlangt das Bewußtsein nicht wieder, reagiert aber auf Berührungen. Nach einer Woche stirbt er. Die Eltern richten eine pompöse Beerdigung für ihren »geliebten Sohn« aus, der »viel zu früh von uns gegangen« sei, wie es in der Todesanzeige heißt, gestorben »nach kurzer schwerer Krankheit«, »an Krebs«, wie sie allen erklären. Hajo ist nicht eingeladen. Als er eine Todesanzeige für »seinen geliebten Christian« aufgeben will, lehnt die Kreiszeitung ab: Dies sei mit der Moral und dem Ruf der Zeitung nicht vereinbar.

sind. Informationen, die auf unterschiedliche Lebensweisen ohne Vorurteile eingehen, die Schutzmöglichkeiten aufzeigen, die annehmbar und auch umsetzbar sind. Das »Recht auf körperliche Unversehrtheit« wird auch dort verletzt, wo der Zugang zu Kondomen, zu sterilen Spritzbestecken, zur Substitutionsbehandlung erschwert oder gar unmöglich ist - wie z.B. in Haftanstalten. Und nicht jeder ist in der Lage, dieses Recht beim Sex, beim Drogengebrauch durchzusetzen: weil er oder sie in der schwächeren Position ist.

Zum Beispiel

in Sachen Entscheidungsfreiheit

Wie bei manch anderer Krankheit wird das »Recht auf Selbstbestimmung« auch bei HIV-Infektion und AIDS gerne in Frage gestellt. Z.B. wenn es um Sex geht, darum, ein Kind zu bekommen. Oder um eine medizinische Untersuchung wie den HIV-Antikörpertest, den Schutz persönlicher Daten. Das »Recht auf Selbstbestimmung« gilt aber auch hier. Gängelnd, Überredend, Bevormundend oder gar Zwang verbieten sich.

Gemeinsam

Wir alle sind aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen.

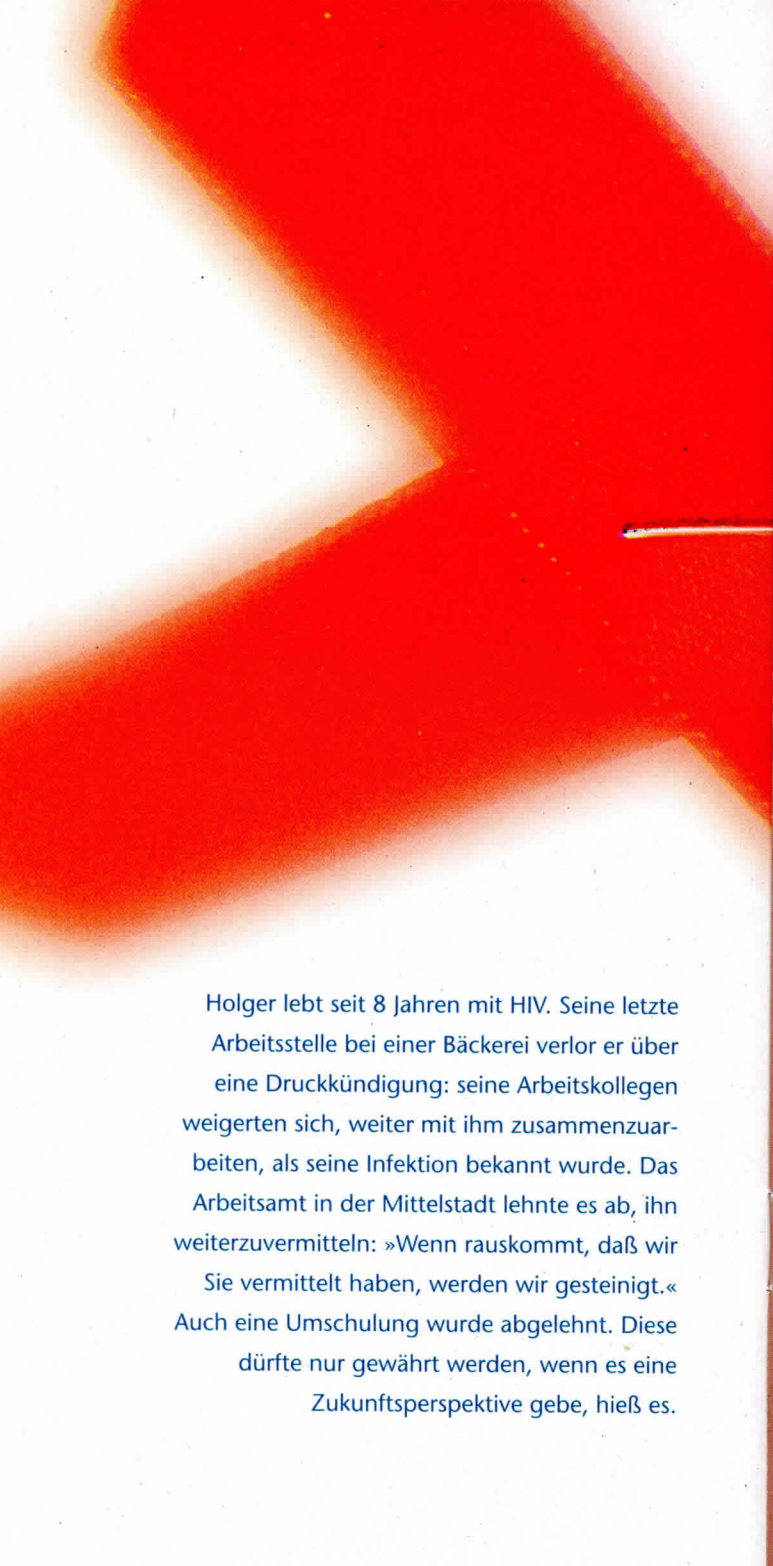
Jeder an seinem Platz, dort, wo er etwas tun kann.

Gloria aus Berlin in einem Schreiben an die AIDS-Hilfe: Ich weiß seit 5 Jahren von meiner HIV-Infektion. In letzter Zeit bin ich häufiger erkrankt, Husten, Schnupfen, Fieber, und es will nicht besser werden. Mit meinen beiden Kindern, nicht infiziert, wohne ich in einer 1-Zimmer-Wohnung ohne Warmwasser, mit Ofenheizung und Außenklo. Die Wohnung ist total feucht. Auf dem freien Wohnungsmarkt habe ich null Chance. Bitte helfen Sie mir weiter. Ich muß hier einfach raus.

Verantwortung tragen

Wir als einzelne

Sicher, Verantwortung kann leichter tragen, wem es gutgeht: materiell, psychisch, sozial, rechtlich. Trotzdem hat jeder einzelne von uns einen Verantwortungsbereich, und sei er noch so klein. Hat einen Spielraum, sich so oder anders zu verhalten: Schütze ich mich in dieser Situation vor HIV? Schütze ich meinen Partner beim Sex, wenn der für sich keine Verantwortung übernehmen kann oder will - weil zu jung, zu unerfahren, weil er Zuneigung braucht und Abweisung fürchtet oder ganz einfach zu betrunken ist? Schütze ich meine Partnerin beim Sex - egal ob sie von meiner Drogenvergangenheit, meinen bisexuellen Abenteuern weiß oder nicht? Achte ich auf meine Ernährung, auf genügend Schlaf und Bewegung? Akzeptiere ich den schwulen Lebenspartner meines Sohnes? Verleugne ich meine drogengebrauchende Tochter? Nehme ich meinen HIV-positiven Arbeitskollegen vor anderen in Schutz? Vermiete ich an eine afrikanische Familie? Engagiere ich mich für die Rechte von Minderheiten?



Holger lebt seit 8 Jahren mit HIV. Seine letzte Arbeitsstelle bei einer Bäckerei verlor er über eine Druckkündigung: seine Arbeitskollegen weigerten sich, weiter mit ihm zusammenzuarbeiten, als seine Infektion bekannt wurde. Das Arbeitsamt in der Mittelstadt lehnte es ab, ihn weiterzuvermitteln: »Wenn rauskommt, daß wir Sie vermittelt haben, werden wir gesteinigt.« Auch eine Umschulung wurde abgelehnt. Diese dürfte nur gewährt werden, wenn es eine Zukunftsperspektive gebe, hieß es.

Wir als Angehörige sozialer Gruppen

Auch für soziale Gruppen gilt es vielfach Verantwortung zu übernehmen: um Infizierten und Erkrankten das Gefühl zu geben, in unserer Mitte aufgehoben zu sein; um Schwächere, Bedrängte, in soziale Not Geratene zu schützen und zu unterstützen, um erkrankte Bekannte und Freunde zu betreuen und zu pflegen, um vereint für gleiche Rechte zu kämpfen. An jedem Platz: in unseren Szenen und Freundeskreisen, in Selbsthilfegruppen und AIDS-Hilfen.

Wir als Entscheidungsträger in Staat und Gesellschaft

Als Politiker, Führungskräfte in Wirtschaft, Verwaltung, Verbänden, Kirchen und in den Medien haben wir Verantwortung übernommen für das Wohl aller Mitglieder unserer Gesellschaft. Für Gesundheit, soziale und materielle Sicherheit, für inneren und äußeren Frieden, für internationale Entwicklung und Zusammenarbeit, für das Leben und Überleben aller Menschen auf unserem Planeten. Dies in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Humanität und den unveräußerlichen Rechten des einzelnen, den Menschenrechten.

Wir alle

... genau hinzuschauen, kritische Fragen zu stellen:
Wo geschieht Unrecht? Was kann getan werden, um
Mißstände zu beheben, Not zu beseitigen? Und wir sollten
nicht zögern, offen für Betroffene einzutreten.

Stefanie ist HIV-positiv und lebt in einer Kleinstadt Süddeutschlands. Schmerzlich mußte sie erfahren, daß nicht alle Menschen das gleiche Recht auf angemessene Behandlung haben.

Sie telefonierte die Gelben Seiten bis zum Buchstaben S durch, bis sie einen Zahnarzt fand, der bereit war, sie trotz HIV-Infektion zu behandeln. Sie darf nun abends in die weit entfernte Praxis kommen, wenn sonst keine Patienten mehr da sind. Bei der Behandlung trägt der Arzt Handschuhe bis zum Ellenbogen und eine Gummimaske bis zu den Schultern.

Eine abgebrochene Zahnkrone wollte er ihr nicht erneuern; dies lohne sich aufgrund ihrer Krankheit nicht mehr, so sein Argument.

sind gefordert...

Gemeinsam

für Menschen mit HIV und AIDS

Es ist zwar richtig: wegen HIV und AIDS wird hierzulande niemand verfolgt. Und das offene Auftreten von infizierten Frauen und Männern hat die Öffentlichkeit sensibler gemacht. Trotzdem werden nicht alle Infizierten gleichbehandelt: Oft wird von »Schuldigen« und »unschuldigen Opfern« gesprochen, wird danach unterschieden, ob sich jemand über das Spritzen von Drogen, über Sex, während der Schwangerschaft oder durch Blutprodukte angesteckt hat. Dabei brauchen alle Infizierten und Erkrankten Verständnis, Zuwendung und Unterstützung. Für alle geht es darum, das Beste aus der Situation zu machen, soviel Lebensqualität wie möglich zu verwirklichen. Was dazu gebraucht wird: angemessener Wohnraum, Arbeit, auch spezielle Arbeitsangebote, ausreichende materielle Grundsicherung, gute medizinische Behandlung, individuelle Betreuung und Pflege, Angebote für Freizeit, Erholung und Selbsthilfe.

Es ist zum Ausrasten. Micha kann sich nicht damit abfinden: Als Schwuler bist du ein Mensch zweiter Klasse. Das fing schon an, als er mit 16 merkte, was bei ihm Sache ist. Mutig war er ja und hielt damit nicht hinterm Berg. Trotzdem war's schwer, die Reaktionen zu verdauen. Mit den Eltern gab's erst Krach, dann kam das große Schweigen. Und einige Freunde waren nach dem Bekenntnis keine Freunde mehr. Trotzdem: Offenheit. Dann kam der Knatsch mit seinen Arbeitskollegen. Die wollten ihn rauskeln, weil er eben anders war. Zum Glück gab's einen tollen Betriebsrat, der sich für Micha starkmachte. Und jetzt die Geschichte mit der Wohnung. Micha wollte mit seinem Freund zusammenziehen. »Ist nicht drin, wir vermieten nur an 'normale' Pärchen. Man kann es den Leuten auch wegen AIDS nicht zumuten«, hieß es. Mit dem gemeinsamen Wohnen ist erst mal Essig. »Nicht aufgeben«, lautet Michas Devise.

Gemeinsam

für schwule Männer

Schwule sind von HIV-Infektion und AIDS am stärksten betroffen. Nach über zehn Jahren AIDS-Krise hat sich bei ihnen vieles verändert: Kaum einer, der nicht einen Freund verloren hat, womöglich den Partner. Ganze Freundeskreise wurden ausgelöscht. Viele sind zu betauern. Das geht an die Substanz des einzelnen wie der Gruppe. Auch das belastet: daß Sexualität heute untrennbar mit dem Gedanken an AIDS, Krankheit und Tod verbunden ist. Da verzichten manche völlig auf Sex. Andere verdrängen AIDS, setzen sich Infektionsrisiken aus. Hier muß zum »Durchhalten« motiviert werden, auch was den Schutz vor HIV beim Sex angeht. Und junge Schwule, vom »AIDS-Schock« der 80er Jahre kaum geprägt, müssen zum Thema hingeführt und zugleich in ihrem Schwulsein gestärkt werden. Information und Aufklärung, Beratung und Betreuung, Stärkung der Schwulenszenen und der Selbsthilfe - unverzichtbare Gebote in AIDS-Zeiten.



Junkie Erich wird beim Dealen geschnappt und fährt ein. »Drücken« im Knast? Kein Problem: an Heroin kommt er ran. Sauber »drücken«? Schon ein Problem: sterile Spritzen gibt's dort nicht. Weil Erich es ohne Heroin nicht schafft, macht er's wie die anderen: greift zur »Stationspumpe«. Davon gibt's nur ein paar, und die wandern von Hand zu Hand. AIDS? Das Risiko geht Erich ein, wenn er unter »Druck« steht. Wie die anderen auch. »Erich - im Knast infiziert« meldet irgendwann die Zeitung. »Selber schuld«, sagt man draußen, »Was muß er auch Drogen nehmen«.


Gemeinsam für drogengebrauchende Menschen

Drogenkonsumenten sind nicht zwangsläufig auch süchtig. Nicht jedes Probieren führt »automatisch« in die Abhängigkeit. Wer aber tatsächlich abhängig ist, gerät in einen Teufelskreis - gerade bei verbotenen Drogen. Beschaffungsdruck, Kriminalität, polizeiliche Verfolgung, Haftstrafen, Prostitution, Entzugserscheinungen, Therapieversuche und Rückfälle wechseln einander ab. Geächtet und kriminalisiert, verelenden viele Drogengebraucher, werden obdachlos, ernähren sich schlecht, sind in katastrophaler gesundheitlicher Verfassung, sterben früher. Sie sind auch besonders stark von HIV und AIDS betroffen. Ein Umdenken in der Drogenpolitik ist dringend notwendig. Dies um so mehr, als eine HIV-Infektion nicht mehr rückgängig zu machen ist. Hierum geht es: um Entkriminalisierung, um berufliche und soziale (Wieder-)Eingliederung von Drogengebrauchern. Durch flächendeckende Substitution mit erweiterter Palette von Substitutionsmitteln für alle, die dies wünschen, durch Originalstoffvergabe, durch ergänzende Angebote zu Bildung und Beschäftigung. Durch Änderung des Betäubungsmittelrechts.

Marion ist schwanger. Und sie freut sich auf das Kind. Aber nicht lange. »Du und ein Baby?«, so ihre Mutter, »als Infizierte hast du kein Recht darauf.« Das bekommt Marion auch von anderen zu hören. Es ist ja nicht so, als hätte sich Marion vorher keine Gedanken darüber gemacht. Weit gefehlt. Sie hatte sich auch genau beraten lassen, wußte also Bescheid. Und hatte sich trotz HIV für ein Kind entschieden. Und jetzt diese massiven Vorhaltungen. Zweifel, Schuldgefühle und Gewissensbisse kommen auf. Marion bleibt aber dabei: Sie will das Kind bekommen, will sich nicht unterkriegen lassen.

Gemeinsam für Frauen

Die Zahl infizierter Frauen steigt auch in Deutschland an. Gleichzeitig mangelt es an frauenspezifischer Forschung, an Hilfsangeboten für betroffene Frauen, Mütter und Kinder - und dies, obwohl bekannt ist, daß sich die HIV-Infektion bei Frauen anders auswirkt: sie entwickeln zum Teil andere Krankheiten; sie ziehen sich auch eher zurück, vereinsamen leichter - Folgen der gesellschaftlichen Rolle, die der Frau immer noch zugewiesen wird; sie haben - anders als Schwule - kein soziales Netz, das sie auffängt; Kinderwunsch, Schwangerschaft und Mutterschaft werfen zudem ganz spezielle Fragen und Probleme auf. Bekannt ist auch: Frauen können sich gegenüber ihren Sexualpartnern oft nur schwer oder gar nicht durchsetzen - weil »weiblich« landläufig auch bei uns immer noch heißt »unterlegen, abhängig, nachgiebig, rücksichtsvoll«. Das selbstbewußte Fordern fällt der Frau deshalb schwer, auch und gerade was Empfängnischutz, den Schutz vor HIV angeht. (Sexual-)Erziehung in Familie und Schule, mädchen- und frauenspezifische Beratungs- und Hilfsangebote, Medien und Politik: in Sachen »Gleichstellung« ist noch viel zu tun.



Dietmar verbüßt eine mehrjährige Freiheitsstrafe und erkrankt während seiner Haftzeit an AIDS. Er ist mehrere Male im Haftkrankenhaus, wird in die Justizvollzugsanstalt zurückverlegt, erkrankt erneut, wird wieder ins Haftkrankenhaus eingeliefert. Sein Gesundheitszustand verschlechtert sich immer mehr. Eine vorzeitige Entlassung aus der Haft, aus medizinischen Gründen beantragt, wird abgelehnt; sein Gnadengesuch bleibt ohne Erfolg.

In einem anderen Bundesland muß ein schwerkranker HIV-positiver Gefangener von der zuständigen Strafvollzugskammer erfahren, daß man ihn zwar gerne gehen lassen wolle, dies aber nicht könne. Bei seiner Situation - schwerkrank, ohne Wohnung, ohne Pflegemöglichkeit - sei es unverantwortlich, ihn auf die Straße zu schicken, ins Nichts. Nach fünf Monaten stirbt er im Haftkrankenhaus an den Folgen von AIDS.

Gemeinsam für Prostituierte

Frauen und Männer, die professionell anschaffen, gehören nicht zu den Hauptbetroffenengruppen. Sehr hoch ist dagegen das HIV-Risiko für Frauen und Männer, die sich aus sozialer Not prostituieren. All das prägt den Alltag auf diesem »Strich«: Minderjährigkeit, Obdachlosigkeit, Drogengebrauch, Illegalität, fehlende soziale Absicherung und schlechter Gesundheitszustand, wenig Selbstwertgefühl, wenig sozialer Rückhalt, keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt außerhalb des »Kiezes«. Notwendig sind spezielle Hilfsangebote: was Sozialberatung und soziale Unterstützung, was Unterkunft, berufliche Ausbildung und Arbeitsmöglichkeiten angeht. Nötig ist nicht zuletzt eine Jugendpolitik, die Defizite in Familien- und Heimerziehung wirklich ausgleicht und damit verhindert, daß Jugendliche in das »Milieu« eintauchen.

Gemeinsam für Menschen in Haft

Menschen in Haft trifft die Kenntnis ihrer HIV-Infektion besonders hart. Zu wissen, daß die Gesundheit bedroht und die Lebenserwartung eingeschränkt ist, die Tatsache, daß es nur sehr begrenzt möglich ist, sich zu entlasten - all das mündet häufig in völlige Aus-

R., 35 Jahre, ist vor kurzem aus einem Land des mittleren Ostens in die Bundesrepublik gekommen - das hat all seine Ersparnisse aufgezehrt. Er hat Asyl beantragt. Als Schwuler war er dort seines Lebens nicht mehr sicher. Einige seiner Bekannten waren abgeholt worden, blieben verschwunden. Er hatte von Hinrichtungen gehört. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, weil er nicht nachweisen kann, aus politischen Gründen verfolgt zu sein. Jetzt droht die Abschiebung. Er kann nicht zurück, es geht um sein Leben.

weg- und Perspektivlosigkeit. Um so mehr gilt es, seelische, körperliche und soziale Nöte abzumildern: durch Beratung, Betreuung, den Anstoß zur Selbsthilfe. Um so mehr Engagement auch dafür, daß Substitution auch in Haft für jeden möglich ist, der dies wünscht, daß an AIDS erkrankte Menschen aus der Haft entlassen oder nicht inhaftiert werden. Und daß sterile Spritzbestecke und Kondome erhältlich sind - damit es in Haft erst gar nicht zu Infektionen kommt.

Gemeinsam

für Migranten und ethnische Minderheiten

In Deutschland ist es gang und gäbe, Asylbewerber und Flüchtlinge ohne deren Wissen, ohne Aufklärung und Beratung zu testen. Das ist medizinisch fragwürdig, diskriminierend und inhuman. Außerdem gibt es für HIV-infizierte Menschen aus anderen Kulturkreisen bisher nur wenige Beratungs- und Betreuungsangebote. Und nur zu oft droht ihnen die Abschiebung. Was dringend Not tut: Verhaltensänderung bei Ausländerbehörden in Richtung Humanität, Änderungen im Aufenthaltsrecht, maßgeschneiderte Informationen, Beratung und Betreuung für Menschen aus verschiedenen Kulturen.

Gemeinsame

AIDS-Hilfe hat Verantwortung übernommen: in Sachen Gesundheitsförderung für Menschen mit HIV und AIDS, für Menschen und Gruppen, die von der HIV-Infektion bedroht und betroffen sind, für Menschen, denen Rechte vorenthalten werden.



Verantwortung: Beitrag der AIDS-Hilfe

Deutsche AIDS-Hilfe:

Netzwerk zur Hilfe und Selbsthilfe

Die Deutsche AIDS-Hilfe (D.A.H.) ist Dachverband von 130 regionalen AIDS-Hilfe-Organisationen. Als freier Träger der öffentlich geförderten Wohlfahrtspflege leistet sie seit mehr als zehn Jahren erfolgreiche Präventionsarbeit in den Hauptbetroffenengruppen.

Die D.A.H. bildet ein Netzwerk zur Hilfe und Selbsthilfe. Dort engagieren sich etwa 6.000 ehrenamtliche und 500 hauptamtliche Mitarbeiter. Ihre Hauptanliegen sind: Wissen und Fähigkeiten zum Infektionsschutz vermitteln und festigen, Infizierte und Kranke in ihrem Leben mit HIV und AIDS unterstützen und deren Akzeptanz in der Gesellschaft fördern.

Deutsche AIDS-Hilfe: Gesundheitsförderung

Dieses Ziel ist in das Konzept der »strukturellen Prävention« eingebettet. »Strukturell« bedeutet: nicht nur der einzelne, sondern auch das soziale Umfeld, Arbeits- und Wohnbedingungen, rechtliche Situation, gesellschaftliche Rahmenbedingungen werden berücksichtigt. Dies gilt für die Primärprävention - Vermeidung von HIV-Infektionen -, die Sekundärprävention - Leben mit der HIV-Infektion möglichst ohne Beeinträchtigungen - wie für die Tertiärprävention - Leben mit AIDS. Entsprechend vielfältig sind die Angebote: Printmedien, Beratung, Betreuung, Pflege, Vor-Ort-Arbeit, Aus- und Fortbildung, Selbsthilfe. Die D.A.H. ist somit Dienstleister, Fachverband und Selbsthilfenetzwerk.

Deutsche AIDS-Hilfe: international

Die D.A.H. ist Teil eines internationalen Netzwerks nichtstaatlicher AIDS-Organisationen. Weil das Virus keine Grenzen kennt. Weil seiner Ausbreitung und deren Folgen nur durch internationale Zusammenarbeit begegnet werden kann. So sind in einem vereinten Europa gesundheits- und sozialpolitische Konzepte und Maßnahmen soweit wie möglich einander anzugleichen. So müssen Menschenrechte und Antidiskriminierung in der nationalen wie der internationalen Präventionsarbeit eine tragende Rolle spielen.

Deutsche AIDS-Hilfe: den Erfolg sichern

Die D.A.H. hat Verantwortung übernommen, hat gute Arbeit geleistet. Sie will das auch in Zukunft tun. Das kostet Geld, ist ohne ausreichende und stabile öffentliche Finanzierung nicht zu haben. Genauso wichtig für die D.A.H.: freie Hand bei der Gestaltung ihrer Angebote, Abbau bürokratischer Hemmnisse. Damit weder Zeit noch Kraft vergeudet werden. Damit flexibel, mit Blick auf die Zukunft gearbeitet werden kann: zugunsten der Gesundheit und des Lebens von Menschen, die von AIDS betroffen und bedroht sind.